



LINKS in EUropa

Mit fünf Abgeordneten ist die Partei DIE LINKE 2019 ins Europäische Parlament eingezogen. Mit dem nahenden Ende der Legislaturperiode ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und einen Blick auf die verbleibenden Monate bis zur Wahl einer neuen EU-Volksvertretung im Juni 2024 zu werfen. Was haben die linken Parlamentarier:innen auf europäischer Ebene bewirkt? An welchen Themen werden sie weiter arbeiten? Und was bedeutet ihre Arbeit ganz unmittelbar für die Menschen in Bund, Ländern und Kommunen? Dazu geben die folgenden Seiten Auskunft.



Editorial

Liebe Leser:innen,

die aktuelle Legislaturperiode des Europäischen Parlaments dauert nur noch wenige Monate. Angetreten sind wir fünf Abgeordneten der Partei DIE Linke im Jahr 2019, um für einen Neustart der Europäischen Union (EU) zu kämpfen. Das hieß und heißt für uns: Nicht die Freiheit des Marktes oder die Interessen einzelner Regierungen stehen an erster Stelle, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen. Und dies gilt in allen Bereichen der Politik, der Wirtschaft, des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Wir stehen für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität.

Unsere Bilanz nach vier Jahren parlamentarischer – und außerparlamentarischer – Arbeit kann sich sehen lassen. Ob europäische Mindestlohn-Richtlinie oder Lieferkettengesetz, ob EU-Zukunftskonferenz oder Regionalförderung, ob Kampf gegen die unmenschliche Migrationspolitik oder die Deregulierung im Interesse der großen Konzerne, ob Einsatz für die Medienfreiheit oder die sozial-ökologische Energiewende für den Schutz des Klimas – wir linken Abgeordneten erheben unsere Stimme auf allen wichtigen Feldern der europäischen Politik und haben nicht selten unsere Handschrift in Gesetze und Entscheidungen eingebracht.

Geprägt war die Legislatur jedoch nicht nur von unserem Kampf für eine andere Europäische Union, sondern zugleich von Ereignissen und Entwicklungen, die Europa vor bislang unbekannte Herausforderungen stellten. Da ist zum einen die Corona-Pandemie. Wir als Linke haben uns klar dafür eingesetzt, niemanden zurückzulassen und die Folgen der Pandemie nicht auf die Menschen abzuwälzen, wie wir es in der Finanzkrise in den Zehnerjahren gesehen haben.

Die Forderung aus unserem Wahlprogramm, Menschen vor Profite zu stellen, hat mit Corona eine ungeahnte Dimension bekommen. Zudem hat die Pandemie nicht nur dramatisch vor Augen geführt, wohin die staatliche Rotstiftpolitik bei der öffentlichen Daseinsvorsorge führen kann, sondern auch die Arbeitsweise großer Teile der Gesellschaft grundlegend geändert. Nicht zuletzt auch des Europäischen Parlaments: mit Debatten und Abstimmungen „remote“ haben auch wir Neuland betreten.

Zum vom russischen Präsidenten Putin ausgelösten Angriffskrieg gegen die Ukraine haben wir LINKE-Abgeordneten im Europaparlament von Beginn an klar Stellung bezogen: Auch unter Beachtung seiner Vorgeschichte ist der Überfall in keiner Weise zu rechtfertigen. Der Krieg fordert furchtbare Opfer. Er hat Europa und die Welt dramatisch erschüttert – mit negativen Folgen für die internationale Sicherheitsarchitektur, die Handelsbeziehungen und die Lebenshaltungskosten. Wir bleiben bei unserer Forderung, die Waffen sofort schweigen zu lassen, die russischen Truppen aus der Ukraine abzuziehen und eine globale Friedensordnung zu schaffen, die die legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt.

Was wir linken Parlamentarier:innen – als Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament und als Fraktion THE LEFT – in den vier Jahren bewirkt haben, was vor uns steht und nicht zuletzt, wie das weltweit einzige multilaterale Parlament der Welt „funktioniert“, wollen wir in dieser „Info Europa“ darstellen. Ich wünsche Ihnen eine informative und kurzweilige Lektüre.

Martina Michels, Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament

Von der Idee zum Heute

Unsere Vision eines gemeinsamen europäischen Projekts entspringt dem Antifaschismus. Auf dieser Basis kämpft die Delegation DIE LINKE. im Europaparlament für eine friedliche, soziale und demokratische EU

Überall in der Europäischen Union schließen sich Menschen zusammen, um ihr Leben zu verbessern. Sie kämpfen für bezahlbare Wohnungen, gegen Stromsperrungen, streiken für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor, wenden sich gegen neoliberale Freihandelsabkommen, etablieren eine Willkommenskultur für Schutzsuchende, treten für sichere Flüchtlingswege ein oder verhindern die Privatisierung des Wassers. Sie stellen genossenschaftlich Ökostrom her, lernen und arbeiten über Grenzen hinweg, profitieren vom kulturellen und geschichtlichen Austausch und von gelebter Solidarität. Sie fordern Zugang zu Wissen, Bildung und Information für alle, gehen auf die Straße, damit Russland den Krieg in der Ukraine beendet und die EU sich endlich klar für internationale Rüstungskontrolle einsetzt. Sie setzen damit hohe Maßstäbe für aufklärerische Politik und an Parteien, die soziale Gerechtigkeit ernst nehmen, lebensnah und zukunftsweisend durchbuchstabieren und sich erfolgreich dafür stark machen.

Die multiplen Krisen der jüngsten Zeit – wie die Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – haben, weil sie das Funktionieren des Binnenmarkts selbst bedrohen, einige Fenster hin zu Veränderungen des Status quo geöffnet. Nur ein Beispiel dafür ist die auch von den Linken nachdrücklich geforderte Lockerung der Schuldenbremse. Aber der Krieg schließt solche Fenster auch wieder, alternative politische Entwicklungsmuster werden zurückgeworfen und die EU auch sicherheitspolitisch wieder in eine globale Konfrontationsstellung gebracht. Die Kämpfe vieler Menschen für ein besseres Leben in der EU und global sowie unsere eigenen Erfahrungen als Delegation DIE LINKE. in Brüssel liefern jedoch zunehmend aussichtsreiche Ansatzpunkte für eine eingreifende Europapolitik, die sozial, ökologisch und friedlich ist.

DIE LINKE. steht zu einer demokratischen und friedlichen, weltoffenen und solidarischen EU. Wir stellen uns gegen ein „Weiter so“ der bürgerlichen Mitte und gegen ein „Zurück“ der nationalchauvinistischen Rechten, die sich einem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel und einer gerechten Umverteilung der erarbeiteten Ressourcen verweigern.

Wer Europa will, muss es den Reichen und Konzernen nehmen. Was steckt hinter dieser eigentlich revolutionären, aber im Wesen die alltägliche Demokratisierungsnotwendigkeit beschreibenden Forderung? Die Lobbyverbände und Parteien der Reichen führen einen Kulturkampf gegen die Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums. Sie kämpfen gegen

die Vergesellschaftung und öffentliche Kontrolle der Energie- und Digital-Infrastruktur, um ihre Profite und Privilegien zu sichern. Am Ende werden wieder Menschen gegen Menschen ausgespielt. Journalist:innen werden nicht nur in Ungarn an ihrer Arbeit gehindert und unter Druck gesetzt. In immer mehr Staaten der EU werden mittelalterliche Gesetze gegen die reproduktive Gesundheit von Frauen erlassen. Und das brennende Moria erinnert uns an das Europa des 20. Jahrhunderts, in dem Deutschland die Welt mit Faschismus und Krieg überzog.

In dieser dunkelsten Stunde Europas schrieben die eingekerkerten Antifaschisten um Altiero Spinelli 1942 das „Manifest von Ventotene“. Noch vor der Erklärung von Robert Schuman aus dem Jahr 1950, die – in kapitalistischen Gesellschaften und in der Zeit des bereits begonnenen Kalten Krieges – vor allem auf die Versöhnung Frankreichs und Deutschlands setzte und heute oft als Geburtsstunde der EU tituliert wird, wurde mit dem Manifest von Ventotene dagegen eine tatsächlich europäische Vision beschrieben. Die auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene niedergeschriebenen Ideen eines neuen, antifaschistischen und solidarischen Europas sind heute aktueller denn je und Richtschnur linker Europapolitik.

Fast zeitgleich entwarfen deutsche Widerstandskämpfer:innen die Vision einer Europäischen Union als Gegenstück zu Hitler-Faschismus und nationalem Größenwahn des deutschen Kapitals. Sie endeten fast alle unterm Fallbeil der nationalsozialistischen Diktatur, auch die mit ihnen zusammenarbeitenden Mitglieder der Gruppe um Herbert Baum. An die Ideen eines leidenschaftlichen Programms für ein geeintes, soziales und friedliches Europa können wir anknüpfen. Das heißt: Wir wollen Partei ergreifen für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union, die mehr sein muss als ein funktionierender Binnenmarkt und der so gekennzeichnete Staatenverbund. Eine Union, die den Alltag der Menschen wirtschaftlich so stark bestimmt, braucht eine ordnungspolitische und demokratische Verfasstheit, die jeder und jedem in den Mitgliedstaaten oder auch in jenen Staaten, die der EU beitreten wollen, breite demokratische Beteiligungsmöglichkeiten einräumt. Insbesondere auch deshalb, weil der angesichts der globalen Herausforderungen des Klimawandels zwingend notwendige sozial-ökologische Umbau der EU neue Perspektiven erfordert. Eine solche Umgestaltung wiederum wäre ein zentraler Beitrag für die Errichtung einer friedlichen und kooperativen, regelbasierten Weltordnung.

Die gemeinsame europäische Krisenintervention für die Meisterung der multiplen Krisen hat Fenster geöffnet, die wir für linke Politik nutzen müssen. Erstmals wurden, um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen, gemeinsam Schulden in der EU aufgenommen und eine Gesundheitsunion skizziert. Es wurden steuerliche Abgaben der Reichsten und Profiteure der Krisen europaweit thematisiert. Das Ende des fossilen Energieverbrauchs und die gerechte Sicherung von Lieferketten rückten stärker ins Zentrum politischer Debatten und Entscheidungen. Die soziale Integration von Geflüchteten wurde für Ukrainerinnen und Ukrainer neu definiert. Diese Erfahrungen sollten Maßstäbe setzen, statt einen EU-Asylpakt zu unterstützen, bei dem die deutsche Bundesregierung Abschottung und Rechtsbruch für Menschen in Not mitträgt.

Wir als Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament haben uns in alle europapolitischen Auseinandersetzungen aktiv eingebracht. Dabei war der Start für uns Abgesandte der deutschen Linkspartei nicht einfach. Die Europawahlen 2019 waren auch für DIE LINKE. eine Zäsur. Mit fünf Abgeordneten zogen wir in die EU-Volksvertretung ein – in der vorangegangenen Legislatur hatte unsere Delegation sieben Mitglieder und war damit die größte Gruppe innerhalb der Linksfraktion. In der laufenden Wahlperiode mussten wir Prioritäten setzen und die Arbeit konzentrieren, ohne Abstriche an wichtigen Themenfeldern zuzulassen. Auch ohne die mitgliederstärkste Delegation zu sein, haben wir einen zentralen Platz in der Fraktion THE LEFT gefunden und wesentlich zu Arbeit und Erfolgen der Linken im Europaparlament beigetragen.

Und diese Erfolge können sich sehen lassen. Wir Linken haben uns in Brüssel und Straßburg erfolgreich für einen europäischen Mindestlohn eingesetzt, der zugleich die Rechte der Gewerkschaften stärkt. Wir haben uns in der Regional- und Industriepolitik für eine soziale Klimapolitik und die Verkehrswende eingesetzt.

Wir haben für einen gerechten Übergang der freigesetzten Beschäftigten in der Autoindustrie gekämpft,

damit ihnen alternativ Arbeitsplätze angeboten werden und sie ein echtes Recht auf Weiterbildung erhalten.

Wir haben gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt gekämpft, der in Wirklichkeit eine Investitionsbremse ist und den Mitgliedstaaten die Luft zum Atmen nimmt. Stattdessen fordern wir einen sozialen Fortschrittspakt, damit öffentliche Investitionen in klimafreundliche Jobs, Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge möglich werden.

Seit Jahren kämpfen wir gegen Lobbyisten, die unsere Rentensysteme in der EU privatisieren wollen. Wir sagen, dass die Rente nichts auf dem Finanzmarkt zu suchen hat.

In sozialen Bündnissen und in parlamentarischen Ausschüssen kämpfen wir für greifbare Digitalsteuern, für die Freigabe von Patenten, insbesondere für Impfstoffe gegen Covid, und einen gerechten internationalen Handel. Wir fordern eine faire Kooperation der EU im globalen Maßstab und eine inklusive und geschlechtergerechte EU-Förderpolitik unter anderem in Bildung und Kultur. Die Delegation DIE LINKE. streitet für die Verbindlichkeit hoher sozialer Standards, für Rüstungskontrolle und diplomatische Konfliktlösung, gegen Überwachung und für Grundrechtsschutz. Wir stehen entschieden gegen den Abbau und die Zerstörung der in den letzten Jahrzehnten erkämpften Rechte und zivilisatorischen Werte in der EU.

An diese Kämpfe und Erfahrungen anknüpfend und auf der Basis vieler Ideen aus Gewerkschaften, von Nichtregierungsorganisationen, Bürgerrechts- und sozialen Initiativen, gemeinsam mit Kulturproduzenten und Köpfen aus der Wissenschaft werden wir in den verbleibenden Monaten der Legislaturperiode weiter arbeiten und kämpfen. Die Erfahrungen aus den Bürger:innendialogen und der fast dreijährigen EU-Zukunftskonferenz sind für uns als Delegation DIE LINKE. im Europaparlament dabei Ermutigung und Ansporn: Denn eine alltagstaugliche, gerechte und zukunftsorientierte Europapolitik geht alle an.

Ein Rahmen für die sozialen Rechte

Friedenspolitik, Soziales und Einsatz für Menschen auf der Flucht – für Özlem Demirel gehören diese Themen zusammen

Man merkt ihr die Gewerkschafterin an: „Das Thema Soziales ist doch eines der zentralsten für uns Linke“, sagt Özlem Alev Demirel. Die Europaabgeordnete der Linkspartei arbeitet unter anderem im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, EMPL abgekürzt. „Die Europäische Union ist ein riesiger Binnenmarkt, in dem vertraglich die Freiheiten des Marktes und der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital im Vordergrund standen und stehen. Die soziale Absicherung für die Menschen, faire Löhne, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern sind dagegen hinten runtergefallen.“

Zwar bekennt sich die EU zur Förderung von Beschäftigung, zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, zu einem angemessenen sozialen Schutz sowie zur Bekämpfung von Ausgrenzungen. Allerdings steckt die sogenannte Regelungskompetenz der Gemeinschaft in sozialpolitischen Fragen noch immer in den Kinderschuhen. „Bevor ich ins Europaparlament gekommen bin, ist die Europäische Säule sozialer Rechte beschlossen worden“, erzählt Demirel. „Ein wunderschönes Papier mit vielen verschiedenen Punkten der Sozialpolitik, von fairen Löhnen über Inklusion bis zu angemessenen Renten. Aber nichts davon wurde rechtsverbindlich implementiert. In den vergangenen Jahren der Legislatur haben wir jedoch in dieser Hinsicht einiges erreicht und verbindlich festgeklopft.“ Demirel stellt fest, dass man gar nicht die Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme auf europäischer Ebene fordere. Zu unterschiedlich sind Entwicklungen und Strukturen in den verschiedenen Ländern. „Aber was wir wollen, ist ja, dass es einen Rahmen gibt für Mindeststandards, mit denen grundlegende soziale und Arbeitsrechte abgesichert sind“, betont Demirel.

Ein zentraler Punkt dabei ist eine EU-Richtlinie, die im Oktober 2022 beschlossen wurde und Regelungen für die Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten vorgibt. Diese Richtlinie trägt auch die Handschrift der Linken im Europaparlament, Özlem Demirel war wesentlich an der Ausarbeitung beteiligt. „Durch die Konkurrenz im EU-Binnenmarkt wurde über Jahre Lohndumping befeuert und prekäre Beschäftigung ausgeweitet. Auf die Spitze getrieben haben es die EU- und Troika-Vorgaben in der Eurokrise. Aktuell ist jeder neunte Beschäftigte in der EU arm trotz Arbeit“, erklärt sie. Die Mindestlohnrichtlinie sei deshalb wichtig, auch wenn



Özlem Alev Demirel (Jahrgang 1984) war unter anderem Mitglied im Rat der Stadt Köln und im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Seit der Europawahl 2019 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Politikerin ist Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung, zu dessen stellvertretender Vorsitzenden sie gewählt wurde, sowie im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist sie stellvertretendes Mitglied. Sie ist Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei.

sie noch in nationales Recht überführt werden muss – was bis Ende 2024 geschehen soll. Die allermeisten EU-Mitgliedstaaten haben zwar gesetzliche Mindestlöhne. Doch real liegen diese quasi überall unterhalb der offiziellen relativen Armutsschwelle in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Um das zu ändern, gibt es nun Vorgaben und Festsetzungen. Laut EU-Richtlinie soll sich der Mindestlohn künftig an 60 Prozent des nationalen Bruttomedianlohns beziehungsweise 50 Prozent des Bruttodurchschnittslohns orientieren, denn hier wird die offizielle Armutsschwelle auch definiert. Zudem betont Demirel auch einen anderen Effekt der Mindestlohnrichtlinie: „Mit dieser EU-weiten Vorgabe stärken wir die Gewerkschaften, das Zutrittsrecht der Vertretungen der Arbeitnehmer:innen in Betriebe und die Möglichkeiten zu Tarifverhandlungen. Während die EU mit ihrer Kürzungspolitik in der Vergangenheit Tarifverträge zerschlagen und Gewerkschaften geschwächt hat, kann eine solche Richtlinie dieser falschen Politik in Zukunft ein klares Stopp-Schild entgegenhalten. Denn wenn in einem Mitgliedstaat eine Tarifbindungsrate unter 80 Prozent gegeben ist, müssen per Gesetz Aktionspläne zur Erhöhung dieser Rate erstellt werden. In Deutschland liegt die Tarifbindungsrate aktuell bei 50 Prozent“.

Eine Branche, in der die gewerkschaftliche Organisation eher minimal ist und die nur selten in die öffentliche Wahrnehmung gerät, hat die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKE-Delegation im EU-Parlament dabei besonders im Auge: die sogenannten Plattform-Arbeiter:innen. Als Plattformarbeit gelten alle Tätigkeiten und Dienstleistungen, die internetbasiert sind. Die Bandbreite reicht dabei von Lieferdiensten über Onlinebörsen bis zum Mediensdesign. In ihrem Bericht zur Erwerbsarbeit von 2021 hatte sich Demirel auch mit dieser Berufsgruppe intensiv beschäftigt – und nicht locker gelassen. „Die Situation der Plattform-Arbeiter:innen ist äußerst kompliziert“, so Demirel. „In dieser Branche ist eine Art Scheinselbstständigkeit sehr verbreitet. Die dort Tätigen haben kaum Rechte, es gibt praktisch keine gewerkschaftliche Vertretung oder Betriebsräte, in dieser neuen Arbeitswelt dominieren Algorithmen und es gibt keinerlei Transparenz.“ Gemeinsam mit anderen Abgeordneten hat sich die LINKE-Politikerin stark gemacht für Regulierungen. Inzwischen wird die Richtlinie hierzu verhandelt, und wenn das durchgesetzt würde, wofür die LINKE streitet, würden Millionen von Plattform-Beschäftigten profitieren. Der Scheinselbstständigkeit würde ein Riegel vorgeschoben. Beschäftigte in diesem Bereich hätten damit auch Anspruch auf grundlegende Arbeitnehmerrechte wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, könnten sich in Gewerkschaften organisieren und Tarifverhandlungen führen“, erläutert Özlem Demirel.

Die Linksfraktion im EU-Parlament hätte sich sogar noch weitergehende Regelungen gewünscht. Ohnehin gehört es zu ihren Arbeitsprinzipien, „ein Ohr“

bei Gewerkschaften oder Sozialverbänden zu haben. Das gehört für sie ebenso dazu wie die konkrete Sacharbeit an Themen mit Kolleg:innen, durchaus auch aus anderen Fraktionen. Im Gegensatz beispielsweise zum Bundestag, wo es immer ein Pro oder Kontra zur Regierung gibt, funktioniert das Europaparlament anders. Hier muss eine Gesamtposition im Parlament gefunden werden, um sie dann mit den anderen Ebenen, Rat und Kommission zu verhandeln.

Das hebt politische Unterschiede nicht auf, wie sich gerade bei einem anderen großen Thema von Özlem Demirel, der Friedenspolitik, zeigt. Dabei ist dieses eng mit sozialen Fragen verknüpft. „Waffen runter, Löhne rauf“, hat sie auf Stoffbeutel drucken lassen, besser ist die Verbindung der beiden großen Fragen kaum zu fassen. „Das sind tatsächlich zwei Seiten einer Medaille. Es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen den steigenden Rüstungsausgaben und den jetzt zum Beispiel auch in Deutschland angekündigten möglichen Sozialkürzungen. Und dasselbe sehen wir natürlich auch auf der EU-Ebene.“

Die „Axt am Sozialstaat“ nennt die Europapolitikerin daher die Ausgaben für die Aufrüstung. Und führt dafür die auf dem NATO-Gipfel im Juli 2023 in Vilnius bekräftigte Forderung an, Ausgaben von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes fürs Militär zu erreichen. „Man muss sich die Dimensionen vor Augen führen, über die wir hier sprechen“, erklärt Demirel: „Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär auszugeben, wird nur durch massive Kürzungen der Sozialausgaben möglich sein. Aktuell unterschreiten 19 von 31 NATO-Mitgliedern diese Norm. Sie zu erreichen, würde Mehrausgaben von insgesamt rund 350 Milliarden Euro erfordern.“ Auch für Deutschland hat sie die Konsequenzen heruntergebrochen: „2024 sollen in der Bundesrepublik die zwei Prozent erstmals erreicht werden, indem 19,2 Milliarden Euro dem Sondervermögen der Bundeswehr entnommen werden. Das wird aber spätestens 2026 aufgebraucht sein. Um danach auf zwei Prozent des BIP an Militärausgaben zu kommen, wäre ein Anstieg des offiziellen Verteidigungsbudgets um 25 bis 30 Milliarden Euro erforderlich – dieses Geld wird nicht nur für Sozialausgaben fehlen, das wird die Welt auch nicht sicherer machen.“

Doch vor allem kritisiert Demirel die Umrüstung der EU in eine Militärunion. „Die EU rüstet derzeit massiv auf, um im robusten Wettbewerb um wichtige Ressourcen, Handelswege, Märkte ihre Interessen – wo nötig auch militärisch – durchsetzen zu können. Das ist eine brandgefährliche Entwicklung, die mit der Verteidigung von Sicherheit und Frieden nichts zu tun hat.“ In den letzten drei Jahren hat eine nie dagewesene Militarisierung der EU stattgefunden. Das Tempo ist atemberaubend und die Programme sind laut Artikel 41.2 des EU-Vertrages sogar illegal. Der Europäische Verteidigungsfonds für Entwicklung und Beschaffung von Militärgerät, eine Kriegskasse für EU-Rüstungs-

exporte an Drittstaaten, die sich zynischerweise auch noch Friedensfazilität nennt, und zwei kurzfristige Finanzspritzen aus dem EU Haushalt für Munition (ASAP und EDIRPA) – um nur die großen zu nennen. Die Rüstungskonzerne feiern Dauerparty.

Özlem Demirel sieht es als permanente Aufgabe, über solche Zusammenhänge aufzuklären, ob nun bei Veranstaltungen, mit Studien, Presseinformationen. Und das Echo gibt ihr recht. „Das Informationsbedürfnis der Menschen zu diesen Fragen ist sehr groß, zumal sich die Pressestellen von NATO oder Verteidigungsministerien alle Mühe geben, solche Sachverhalte schönzureden oder zu verschleiern.“

Das ist auch bei der Militarisierung der EU-Außengrenzen der Fall – ein Thema, bei dem die Europaabgeordnete seit Jahren Aufklärungsarbeit leistet. Unter anderem hat sie Studien zum Einsatz von Drohnensystemen und Künstlicher Intelligenz an der EU-Außengrenze anfertigen lassen. „Die Frage der Migration wird als eine der Sicherheitspolitik dargestellt. Aber tatsächlich ist es so, dass sich die Sicherheitsindustrie, die eng verwoben ist mit der Rüstungsindustrie, mit der Abschottungspolitik der Europäischen Union eine goldene Nase verdient.“

Das Recht auf Asyl ist für Demirel zentral. Sie gehörte zu den ersten Politiker:innen, die Pushbacks – das meist gewaltsame Zurückdrängen von Geflüchteten und anderen Migrant:innen von den Grenzen ihres Ziel- oder Transitlandes – an die Öffentlichkeit brachten. Bereits Anfang 2020 reiste sie mit ihrer Delegationskollegin Cornelia Ernst in die bosnisch-kroatische Grenzregion, um Berichte zu diesen verbotenen und den europäischen Werten widersprechenden Praktiken zu verifizieren. Dabei haben sie zahlreiche Berichte gehört, wie geflüchteten Menschen gewaltsam der Zugang zur EU verwehrt wird. „Dabei sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten für Fluchtursachen mitverantwortlich – etwa durch Rüstungsexporte in Krisenregionen, in Bezug auf den Klimawandel, der die armen Regionen am härtesten trifft, oder durch Handelsverträge, die den Menschen jede wirtschaftliche Grundlage rauben“, resümierte die Abgeordnete damals in der Tageszeitung „nd“. Heute bekräftigt sie diese Einschätzung: „Das Allererste und Wichtigste für mich ist, dass wir dieser Politik der globalen Ungerechtigkeit, bei der die EU eben auch eine ökonomische Macht ist, etwas entgegenstellen müssen. Das Zweite ist unsere Verpflichtung, nicht nur als Linke, Menschen in Not die Hand zu reichen. Solange Menschen auch durch die EU-Außen- und Wirtschaftspolitik ihrer Perspektive beraubt werden, solange werden auch viele den Ausweg darin sehen zu fliehen. Was die EU gerade macht, ist die Abschaffung des internationalen verbrieften individuellen Rechts auf Asyl. Und dagegen müssen wir aufstehen.“



Die Europäische Union will laut EU-Kommissionspräsidentin für die „Ära der Konkurrenz großer Mächte“ gerüstet sein. Für die kommenden Auseinandersetzungen großer ökonomischer und politischer Mächte um Märkte und politischen Einfluss, um die Kontrolle von Rohstoffen und wichtigen Handelsrouten wird immer weiter aufgerüstet und die EU in eine Militärunion umgebaut. Welche Gefahren birgt das? Wer profitiert davon, und was bedeutet das für die öffentlichen Haushalte? Das untersucht die permanent aktualisierte Studie.



Viele Menschen können allein von ihrer Erwerbsarbeit nicht mehr leben. Die Zahl der Arbeitenden in Niedriglohnssektoren und in prekären Arbeitsverhältnissen ist immer höher geworden ist. Im Vorfeld der EU-Mindestlohnrichtlinie nahm die Studie eine fundierte Gesamtanalyse der unterschiedlichen Mindestlohnsysteme in der Europäischen Union vor und ordnete sie in den europäischen Kontext ein.

Für ein Europa der Solidarität

Cornelia Ernst setzt sich für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik der EU ein. Energie und Datenschutz gehören ebenfalls zu ihren Themen

Die Zahlen sind erschütternd: Allein im Jahr 2022 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 2.400 Menschen, die aus Krisenregionen über das Mittelmeer Richtung Europa flüchteten. 2023 ertranken jeden Tag zehn Menschen auf der gefährlichen Überfahrt. Dabei können diese Zahlen nur geschätzt werden – wie viele Geflüchtete genau im Mittelmeer ertranken, wird für immer im Dunkeln bleiben. „Bei all dem sieht die Europäische Kommission zu, es gibt keine Konsequenzen für fehlende Seenotrettung oder die gezielte Pushback-Politik der Mitgliedstaaten, keine Vertragsverletzungsverfahren“, kritisiert Cornelia Ernst mit allem Nachdruck. „Und die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist Beobachterin und Komplizin dieser Ereignisse, ohne einzugreifen und unter Verletzung der sie selbst betreffenden Verordnung.“ Seit ihrer ersten Wahl 2009 ins Europäische Parlament setzt sie sich nachdrücklich für eine humane Migrations- und Asylpolitik der EU ein.

Dabei liegt der Schutz der Menschenrechte „in der DNA“ der Europäischen Union, er ist sogar in ihren Gründungsdokumenten vertraglich fixiert. In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union werden die Werte benannt, auf denen sich die EU gründet: „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“; laut Artikel 3 soll die EU einen Beitrag zur „Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte“ leisten. Und in der Grundrechtecharta der Europäischen Union wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass das Recht auf Asyl gewährleistet wird.

Wie all diese Verpflichtungen und Verträge ausgehebelt werden, macht Cornelia Ernst an einigen zentralen Daten fest: „Bereits 2015, als eine große Zahl von Geflüchteten nach Europa kam, hat die EU-Kommission eine dubiose Migrationsagenda beschlossen, die darauf abstellte, diese Menschen in sogenannten Zentren, sprich Gefängnissen, in Transit- und Drittstaaten festzusetzen“, erklärt die Abgeordnete. „Der Papst hatte diese Lager, mit denen vor allem der afrikanische Gürtel abgeriegelt werden sollte, als Hölle bezeichnet. 2016 legte eben jene Kommission ein



Cornelia Ernst (Jahrgang 1956) gehört seit 2009 dem Europäischen Parlament an. Zuvor war die LINKE-Politikerin mehr als zehn Jahre auf landespolitischer Ebene in Sachsen engagiert, unter anderem als Mitglied des Sächsischen Landtags.

Cornelia Ernst arbeitet in den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) sowie für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Außerdem ist sie Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Iran.

Asylpaket vor, bestehend aus fünf Gesetzesvorhaben, eines schlechter als das andere.“

Ein Jahr später distanzierte sich das Europaparlament, auch auf Druck der Linksfraktion, von diesem Paket. „Zu Verhandlungen mit dem Rat im Trilog kam es allerdings nie, weil die Regierungen sich selbst nicht einig wurden und das Europaparlament den Dublin-IV-Verordnungsvorschlag vollständig umkremelte zu einem menschenwürdigen Aufnahmegesetz“, erläutert Ernst. „Es war der Mitte-Links-Kooperation zu verdanken, dass dieser Parlamentsbeschluss einen Kriterienkatalog sowie verbindliche Aufnahmeverpflichtungen für die Mitgliedstaaten enthielt.“

Als besonders perfide betrachtet Cornelia Ernst den EU-Türkei-Deal von März 2016, „der von keinem Parlament der Welt abgestimmt wurde“, wie sie betont. Mit dieser Vereinbarung sollten Fluchtbewegungen über die Türkei in die EU eingeschränkt werden; Ankara kassierte dafür insgesamt neun Milliarden Euro aus Brüssel für den Ausbau der Grenzüberwachung und an Hilfsgeldern für die Versorgung von Geflüchteten – unkontrolliert. „Canceln“ will Ernst diesen Deal, der zwar nur noch auf dem Papier existiert, aber als Vorlage für Abkommen in anderen Regionen dient.

Dass die LINKE-Abgeordnete gemeinsam mit anderen progressiven Kräften kämpfen kann, hat sie bewiesen – und kann einiges an Erfolgen vorlegen. Ernst gehörte mit zu den ersten europäischen Politiker:innen, die das Thema Pushbacks in die Öffentlichkeit brachten. Bereits Anfang 2020 reiste sie mit ihrer Delegationskollegin Özlem Alev Demirel in die bosnisch-kroatische Grenzregion, um Berichte zu diesen verbotenen und den europäischen Werten widersprechenden Praktiken zu verifizieren. Dabei haben sie zahlreiche Berichte gehört, wie geflüchteten Menschen gewaltsam der Zugang zur EU verwehrt wird. An dem Thema ist Cornelia Ernst „dran geblieben“. Gemeinsam mit dem Border Violence Monitoring Network – einer Dachorganisation von Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Abschottung der EU-Außengrenzen beschäftigen – hat sie das „Black Book of Pushbacks“ an UN-Kommissare, Minister verschiedener Länder, Frontex, NGOs und Universitäten übergeben. Das bereits in zweiter Auflage, diesmal in vier Bänden, erschienene Buch listet Tausende illegale Rückführungen auf und dokumentiert Zeugenaussagen.

Dies ist natürlich nur ein Teil des Engagements von Ernst für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik der EU. „Die Frontex Scrutiny Working Group, die Grundrechtsverletzungen der EU-Grenzschutzagentur untersucht, wäre ohne uns Linke im EU-Parlament niemals zustande gekommen“, berichtet sie. Die Untersuchungsgruppe konnten sie sogar bei den Abgeordneten der konservativen Europäischen Volkspartei durchsetzen. „Unser Plus war dabei, dass wir Beweise für die Verstöße von Frontex gegen Grundrechte und EU-Verordnungen vorlegen konnten, die wir selbst mit Hilfe zahlreicher NGOs gesammelt ha-

ben.“ Ohnehin spielt für Cornelia Ernst die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eine große Rolle: „Wir haben das Parlament benutzt, um Geflüchtete hier sprechen zu lassen. Dazu gehören beispielsweise zwei Afghanistan-Konferenzen, die das Desaster nach der Machtübernahme durch die Taliban und das Unvermögen der internationalen Gemeinschaft zur Hilfe dokumentiert haben.“

Für Ernst ist es wichtig, Öffentlichkeit für diese Fragen herzustellen. „Zu den Beschlüssen des Europaparlaments zum Asylpaket haben wir in Deutschland Online-Konferenzen abgehalten, wir haben Informationsmaterial erstellt.“ Gemeinsam mit LINKE-Abgeordneten aus dem Bundestag und den Landtagen hat sie sogenannte Asyltouren organisiert, um über die reale Situation aufzuklären und „den Biertischen Contra zu bieten“.

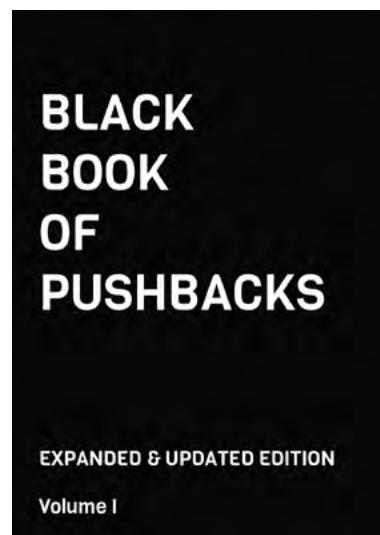
Solche Initiativen bewähren sich auch auf einem anderen zentralen Arbeitsgebiet der LINKE-Politikerin, der Energie- und Industriepolitik. Seit inzwischen zehn Jahren führt sie in Sachsen und Rheinland-Pfalz – den beiden Bundesländern, für die sie zuständig ist – regelmäßige Sommertouren zu diesem Thema durch. „Die exorbitant gestiegenen Energiepreise sind für viele Menschen nicht mehr tragbar. Das hat das seit vielen Jahren existierende Problem der Energiearmut nochmals verschärft.“ Die Linke im Europaparlament habe immer wieder auf Energiepreisdeckel und eine Entlastung der Bürger:innen gedrängt. „Leider hat der Rat diesen Deckel viel zu hoch angesetzt und sich auch nur auf Reförmchen statt einer umfassenden Reform des Energiemarktes eingelassen.“ Daher drängt sie gemeinsam mit der Linksfraktion nicht nur auf eine strukturelle Neugestaltung der Energiemärkte, sondern auch auf eine öffentliche Kontrolle der zentralen Komponenten des Energiesektors. „Nur eine Vergesellschaftung des Energiesektors kann exzessiven Marktdynamiken nachhaltig entgegenwirken.“

Niedrige Strom- und Energiepreise sind nicht nur für Verbraucher:innen wichtig, sondern auch für die Industrie. „Die europäische Industrie und insbesondere ihre strategischen Sektoren stehen zunehmend in Konkurrenz und drohen, im globalen Subventionswettbewerb das Nachsehen zu haben“, so Ernst. Der Wettlauf betrifft auch den Bereich der Rohstoffpolitik. Das europäische Gesetz über kritische Rohstoffe zielt darauf ab, die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen abzusichern. Als Schattenberichterstatterin des Gesetzes gelang es Ernst, „nicht nur Versorgungssicherheit, sondern auch Umweltstandards, Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Partizipation im Gesetz zu verankern“.

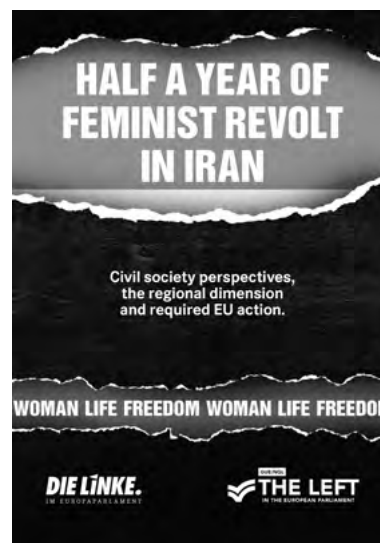
Öffentliche Kontrolle und Regulierung – darauf setzt Cornelia Ernst auch bei Datenschutz, Künstlicher Intelligenz und dem Einsatz von Überwachungssoftware durch staatliche Stellen, Stichwort Pegasus. Ein Untersuchungsausschuss des Europaparlaments, der sich mit dem Einsatz des Spähprogramms beschäftigte

und dem auch Ernst angehörte, hat im Sommer 2023 seinen Abschlussbericht vorgelegt. „Trotz der Dauerblockade unserer Arbeit durch nationale Regierungen konnten wir nach unseren Recherchen auch vor Ort klar belegen, dass Polen, Ungarn, Spanien und Griechenland Spionagesoftware, sogenannte Spyware, eingesetzt haben und Zypern am Handel für den EU-Binnenmarkt beteiligt ist. Wir wissen auch, dass insgesamt 14 EU-Mitgliedstaaten Pegasus unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung erworben haben“, berichtet sie. Gerade die Linksfraktion hatte die Arbeit des Untersuchungsausschusses immer wieder vorangetrieben. „Für uns ist glasklar: Eine Überwachungssoftware wie Pegasus ist nicht mit den Grundrechten vereinbar; die EU-Kommission muss einen Gesetzesvorschlag zur strikten Regulierung von Spyware vorlegen.“ Die Forderung nach einem generellen Verbot solcher Überwachungsprogramme war gegen die Konservativen nicht durchzusetzen. Gelungen war dies jedoch beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Massenüberwachung: „Die fortschrittlichen Kräfte im Europäischen Parlament haben das Verbot von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, das die konservative Fraktion beseitigen wollte, erfolgreich verteidigt. Das ist historisch und ein großer Erfolg.“

Einen Namen gemacht hat sich Cornelia Ernst auch als Vorsitzende der Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu Iran. Sie hat Studien in Auftrag gegeben, Veranstaltungen durchgeführt, Kontakte mit Oppositionellen geknüpft und Patenschaften für von der Todesstrafe Bedrohte vermittelt, eine Iran-Aktionswoche im Europaparlament organisiert. „Wir haben inzwischen eine Plattform für die Opposition in Iran und der Diaspora, und zwar der gesamten Opposition, nicht nur für einige Teile.“ Das ist ihr wichtig. „Denn die Ereignisse und politischen Debatten um den Iran haben mich gelehrt, immer abzuwägen, was für die Menschen im Iran wirklich wichtig ist.“



Das Black Book dokumentiert Tausende Erfahrungsberichte von Menschen auf der Flucht. Sie alle erlebten Gewalt an den EU-Grenzen, wurden illegal zurückgedrängt, sie wurden geschlagen, misshandelt und gefoltert. Die systematische Praxis der Pushbacks ist nicht nur verboten, sie widerspricht auch grundlegenden europäischen Werten.



Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini im September 2022 im Polizeigewahrsam entwickelten sich die Proteste in Iran zur größten Revolte in dem Land seit der Revolution von 1979. Die Studie beschäftigt sich mit den zivilgesellschaftlichen Perspektiven, der regionalen Dimension der Entwicklung im Iran und erforderlichen EU-Maßnahmen.

Europäisch denken, kommunal handeln

Die Regionalpolitik ist der Arbeitsschwerpunkt von Martina Michels. Aber auch bei Kultur und Medienfreiheit setzt sie linke Akzente

Brüssel? Das ist doch weit weg, meinen viele, wenn es um die Europäische Union geht. Was hat das mit mir zu tun?

Eine ganze Menge, sagt Martina Michels. Seit 2013 ist die LINKE-Politikerin Mitglied des Europäischen Parlaments, seit zwei Legislaturperioden arbeitet sie im Ausschuss für regionale Entwicklung, REGI abgekürzt. „Ich glaube, wenn man ‚Europa‘ verstehen und verbessern will, dann ist der Blick auf die Regionen, auf die Kommunen vor Ort, dorthin, wo die Menschen leben, wo sie am stärksten mit den europäischen Gesetzgebungen zu tun haben, besonders wichtig. Denn in den Regionen und Kommunen, da wirkt sich die EU sehr konkret aus. Das wird aber mitunter nicht so wahrgenommen.“

Tatsächlich gehen heute bis zu 70 Prozent der nationalen Gesetze und Vorschriften auf EU-Richtlinien und Regelungen zurück. „Ob das die Wasserrichtlinie ist, die Vorschriften für Stromnetze und Produktsicherheit, die Gesundheits- und Asylpolitik – alles beginnt in Brüssel und bestimmt letztlich unser aller Leben, egal wo wir in der EU leben.“

Von ungefähr kommt Michels Einsatz für die Kommunen und die europäische Regionalpolitik nicht. „Bevor ich ins Europaparlament gewählt wurde, war ich Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Vertreterin im Ausschuss der Regionen der EU, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Regionalpolitikerinnen und Regionalpolitiker aus allen Mitgliedsländern sitzen. Die konnten immer genau sagen, welche Auswirkungen eine europäische Regelung auf die Regionen und Kommunen hat“, erzählt Michels. „Deshalb war meine Devise immer: Europäisch denken, kommunal handeln.“

Die Regionalpolitik, oft auch als Kohäsionspolitik bezeichnet, ist einer der zentralen Bereiche der EU-Politik und verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft zu stärken. Dies soll mittels der Verringerung des Strukturgefälles zwischen den einzelnen Regionen sowie durch die Förderung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung geschehen. „Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist ein im Vertrag von Lissabon verankerter Auftrag“, erläutert die LINKE-Politikerin. „Europäisch zu denken, heißt auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass es noch viele unterentwickelte



Martina Michels (geboren 1955 in Berlin), war von 1991 bis 2013 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, zeitweise bekleidete sie die Funktion als Vizepräsidentin. Zudem war sie im Europäischen Ausschuss der Regionen tätig. 2013 rückte sie ins Europäische Parlament nach, bei den Europawahlen 2014 und 2019 wurde sie ins Parlament gewählt.

Martina Michels ist Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung sowie Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung. Sie ist Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament. Sie gehört den Delegationen für die Beziehungen zu Israel und für den Mittelmeerraum sowie der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Euronest an.

Regionen in der EU gibt.“ Diese liegen vor allem im Süden und Osten der Gemeinschaft. Praktisch umgesetzt wird die Regionalpolitik vor allem über spezielle Fonds, wie den Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und den Europäischen Fonds für Ländliche Entwicklung (ELER).

Für die Regionalpolitik stehen in den Haushaltsplänen der EU stets mit die größten Summen bereit; im laufenden mehrjährigen Finanzrahmen (2021 bis 2027) macht der entsprechende Bereich „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ mit rund 378 Milliarden Euro sogar den größten Posten aus. Das entspricht etwa einem Drittel des gesamten EU-Haushalts.

Das hat seine Gründe. Beim Kampf gegen den Klimawandel – Stichwort Ausstieg aus fossilen Energieträgern und dessen strukturelle und soziale Auswirkungen –, bei der Migrationspolitik und bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie stehen die Regionen und Kommunen vor gewaltigen Aufgaben. Und die Lasten sind unterschiedlich verteilt. Martina Michels: „Hier braucht es Mechanismen, um neu entstehende Ungleichgewichte aufzufangen. Und es braucht Regeln, um die Vergabe der Fördermittel zum Beispiel so abzusichern, dass nicht nur die Großen davon profitieren, sondern vor allen Dingen kleine, mittelständische Unternehmen unterstützt werden, die Projekte vor Ort realisieren.“

Mindestens 30 Prozent der EFRE-Förderung gehen nun in die Entwicklung eines „grünen“ Europas. „Ich hätte mir zwar mehr gewünscht, es ist aber dennoch ein Erfolg“, sagt Michels. Unter anderem werden Projekte finanziert, die eine nachhaltige Wirtschaft und Mobilität, erneuerbare Energien, einen an Ökosysteme angepassten Katastrophenschutz, den Lärmschutz, die Erhaltung der Umwelt und die Biodiversität fördern.

Bei vielen dieser Aspekte haben die Linken im Europaparlament und nicht zuletzt auch Michels selbst der Förderpolitik ihren Stempel aufgedrückt. Sie hat die Linksfraktion in den Verhandlungen zum Regionalfonds vertreten. Ihre Kriterien dafür waren klar: Neben der Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU geht es den Linken ebenso um eine massive Ausweitung öffentlicher Investitionen in Infrastruktur im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus. Es soll mehr Geld in die Bildung fließen und die Mitsprache und Mitentscheidung der Regionen gestärkt werden.

Aber auch das unterstreicht Martina Michels: „Gute EU-Förderprogramme funktionieren nur, wenn die Beantragung von Mitteln sowohl für regionale Verwaltungen als auch für Projektträger handhabbar ist.“ Gemeinsam mit ihren Mitarbeiter:innen hat sie bereits vor Jahren eine Fördermittelplattform ins Leben gerufen, die bis heute „sehr gut läuft“ und für viele, die sich über europäische Fördermöglichkeiten informieren wollen, erste Adresse ist. Neben grundlegenden Informationen zu Förderpolitik und Fördermöglichkei-

ten finden sich dort Leitfäden für die Praxis der Antragstellung und Vorlagen für diverse Schreiben.

Es gibt in der EU-Politik auch einige Dinge, die die Abgeordnete, die zugleich Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament ist, wütend machen. Im Finanzrahmen 2021-2027 werden die Prioritäten insgesamt hin zu mehr Verteidigungs-, Sicherheits- und Ausgaben für die Abschottung der Grenzen verschoben. „Das geht in die total falsche Richtung“, betont Michels. Im Frühjahr 2023 hat die EU-Kommission sogar ein Gesetz vorgelegt, das der Rüstungsindustrie den Zugang zu EU-Geldern erleichtern soll, um die Waffen- und Munitionsherstellung zu steigern. Insgesamt 500 Millionen Euro sollen bis Juni 2025 dafür bereitgestellt werden; zusätzlich sollen Mitgliedstaaten explizit auch Gelder aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sowie Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds nutzen dürfen, um die Rüstungsindustrie zu fördern. „Die Strukturfonds der EU sind unsere Instrumente für strategische Investitionen“, betont Michels. „Sie für Aufrüstung zu missbrauchen, ist unerhört. Denn Kriegswirtschaft ist weder sozial, noch ökologisch, noch wirtschaftlich nachhaltig. Das Argument der EU-Kommission, ausgerechnet mit der Rüstungsproduktion deindustrialisierte oder wirtschaftlich zurückgebliebene Regionen beleben zu wollen, ist zynisch.“

Auch, dass im laufenden Finanzplan trotz der Corona-Krise und ihrer Folgen praktisch alle europäischen Kultur-, Bildungs- und Freiwilligenprogramme deutlich unterfinanziert sind, wird von Michels, die auch im Ausschuss für Kultur und Bildung arbeitet, scharf kritisiert. „Gerade die ‚kleinen‘ Kulturschaffenden waren bekanntlich in der Corona-Zeit besonders betroffen und mussten sehr große Einkommensverluste hinnehmen.“ Der Kulturausschuss des EU-Parlaments brachte angesichts dieser Situation eine Resolution ein, die unter anderem fordert, dass zwei Prozent aller europäischen Corona-Hilfen in die Kultur gehen. „Ohnehin leben viele Kulturschaffende in den EU-Ländern äußerst prekär“, sagt die Abgeordnete. Michels hat daher die Einführung eines europaweiten Fair-Work-Siegels für Kulturproduzent:innen vorgeschlagen, das klare Richtlinien für die Nutzer von kulturellen und künstlerischen Leistungen beinhaltet. Dazu gehören etwa die Vergütung der Künstler:innen, aber auch Regeln zu Arbeitszeiten und zum Schutz vor Machtmissbrauch.

Und noch ein Thema treibt Martina Michels um: die Untätigkeit der EU bei den Einschränkungen von Pressefreiheit und Medienvielfalt in einigen Mitgliedsstaaten. „Es ist eben nicht nur der türkische Staatschef Erdoğan, dem die Freiheit der Information und Meinung ein Dorn im Auge ist“, gibt die Abgeordnete zu denken. „Wir sehen seit Jahren in Ungarn, in letzter Zeit auch verstärkt in Polen, Tschechien und der Slowakei, dass Regierungen auf der Welle des Autoritarismus reiten. Da stört eine freie Presse natürlich. Doch

bislang können Orbán & Co. die Medienlandschaft ungestraft zu eigenen Propagandazwecken umbauen.“

Seit Jahren klärt Michels mit ihrem Team über diese Tendenzen auf, führt Seminare, Workshops und Diskussionsrunden durch, zu denen sie häufig verfolgte Journalist:innen einlädt. Um über Verstöße gegen die Presse- und Medienfreiheit aufzuklären, arbeitet Michels auch eng mit dem in Leipzig ansässigen Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) zusammen. Wie notwendig diese Aufklärung ist, zeigt der jüngste Monitoring-Bericht des ECPMF für 2022: Registriert wurden insgesamt 813 Verstöße gegen die Medienfreiheit in EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.



Überall in der EU stehen die Kommunen vor beispiellosen Herausforderungen und Unsicherheiten, die durch die Covid-19-Pandemie entstanden sind. Die Pandemie trieb die Ausgaben erheblich in die Höhe und führte zugleich zu einem drastischen Rückgang der Einnahmen. Die Studie untersucht, wie effizient die EU-Hilfsmaßnahmen in den Regionen und Kommunen wirken.



Die Pandemie hat den Kulturbereich besonders stark getroffen. Viele Einrichtungen mussten schließen, gerade die ‚kleinen‘ Kulturschaffenden mussten sehr große Einkommensverluste hinnehmen. Die Publikation verfolgt das Ziel, die Situation der Kulturbranche sowie die Sicherung der Arbeit von Kulturproduzenten in der politischen Debatte zu halten und konkrete mögliche Unterstützungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Keine neue EU auf alter Grundlage

Die Mitentscheidung der Bürger:innen über europäische Politik und globale Gerechtigkeit – für Helmut Scholz gehört beides zusammen

Über fünf Millionen Online-Teilnehmer:innen auf der mehrsprachigen digitalen Plattform mit 44.000 Beiträgen zu mehr als 16.000 Ideen, gut 700.000 Besucher:innen aller Altersklassen auf den Foren mit Bürgerinnen und Bürgern, 49 aus diesen und anderen Treffen folgende konkrete Empfehlungen, die mehr als 300 Maßnahmen zu neun Themenbereichen umfassen – das war die Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE). Das in der Geschichte der Europäischen Union bislang einzigartige Projekt, das Politik, Bürger:innen und Zivilgesellschaft zusammenbrachte, begann im April 2021 und endete am Europatag des Jahres 2022, dem 9. Mai. Feierlich wurden an jenem Tag die Ergebnisse der Zukunftskonferenz an die Spitzenvertreter:innen von Europäischer Kommission, EU-Rat und Europaparlament übergeben.

„Europarechtlich und demokratiepolitisch haben wir mit der CoFE Neuland betreten“, sagt Helmut Scholz. Der EU-Abgeordnete gehörte zu den Initiator:innen der Konferenz und war für die Fraktion THE LEFT Mitglied im Vorstand der CoFE: „Gerade für uns Linke war die Zukunftskonferenz nicht nur eine Chance, sondern vor allem auch eine Aufgabe. Es ging uns darum, gemeinsam mit progressiven Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen politischen Akteuren über Möglichkeiten zu beraten, wie wir Utopien, Positionen und konkrete Vorschläge für eine andere Ausrichtung der Europäischen Union wirksam umsetzen können.“

Für die Linksfraktion THE LEFT im EU-Parlament sei von Anfang an klar gewesen, dass es bei CoFE auch um eine mögliche Revision der Europäischen Verträge gehen müsse. „Denn eines ist klar“, betont Scholz: „Der vor mehr als 15 Jahren in Kraft getretene Vertrag von Lissabon wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Dies ist überdeutlich etwa bei den Aufgaben, die uns in Sachen Klimaerwärmung und der erforderlichen Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik, beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, der Wiedergewinnung von Frieden und dauerhafter Versöhnung, im Bereich Migration, bei der Erfüllung der UN-Entwicklungsziele oder zum Erhalt der biologischen Vielfalt bevorstehen.“

Dabei war der Start von CoFE alles andere als leicht. Wie so oft stand der Rat, also das Gremium der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, auf der Bremse. Das Europaparlament hatte immer wieder mit Nachdruck auf die Umsetzung des von EU-Kommissionspräsi-



Helmut Scholz (Jahrgang 1954) ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. 2014 und 2019 zog er abermals in die „EU-Volksvertretung“ ein. Vor seiner Wahl ins Europaparlament war er Leiter des Bereichs Internationale Politik der LINKEN.

Helmut Scholz arbeitet in den Ausschüssen für internationalen Handel sowie für konstitutionelle Fragen und ist dort jeweils Koordinator der Linksfraktion THE LEFT. Er gehört der Parlamentarischen Versammlung Euronest, den Delegationen für die USA, China, Moldau und Belarus an sowie – seit vollzogenem Brexit – auch der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes Königreich.

dentin Ursula von der Leyen zugesagten Vorhabens gedrängt. „Es brauchte ein Jahr hartnäckiger Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission zum Mandat, zu Zielen, Arbeitsweise und Zusammensetzung der Konferenz“, erzählt Helmut Scholz. Als CoFE dann jedoch ins Laufen kam, habe sich schnell gezeigt, dass die Bürger:innen bewusst und verantwortungsvoll mitreden und mitentscheiden wollen.

In den Schlussfolgerungen von CoFE sind neun Themenbereiche erfasst: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Die 300 konkreten Aufträge für die EU-Organen sollen, so hieß es bei der Zeremonie am 9. Mai 2022, nun innerhalb der Zuständigkeit dieser Gremien auf Umsetzbarkeit geprüft werden.

Passiert ist bislang allerdings wenig. „Nichts wäre für die Demokratie in der EU schädlicher, als wenn die Forderungen und Vorschläge der Bürger:innen in der Schublade verschwinden würden“, betont Scholz. Auch dabei sieht der Verfassungspolitische Sprecher der LINKE-Delegation im Europaparlament und zugleich einer der fünf Ko-Berichtersteller:innen des Parlaments für den CoFE-Folgeprozess vor allem den Rat in der Pflicht. „Im Juni 2022 verpflichtete sich das Europaparlament mit übergroßer Mehrheit, den Prozess für die Ausrichtung eines Europäischen Konvents anzustoßen entsprechend Artikel 48 des EU-Vertragswerks. Dieser Konvent soll die für die Bürger:innen zentralen Veränderungen transparent und inklusiv diskutieren und sowohl institutionelle Fragen als auch die konkrete Ausrichtung einzelner Politikbereiche neu bestimmen.“ Ende 2022 wurde der Verfassungsausschuss (AFCO) vom Parlament beauftragt, konkrete Textvorschläge für eine gemeinsame Entschließung vorzulegen. Ziel ist es, das Artikel-48-Verfahren einzuleiten, über das eine Veränderung der Europäischen Verträge möglich ist. Sechs Ko-Berichtersteller:innen, unter ihnen Scholz, haben dem Plenum nach intensiven Beratungen einen Entwurf vorgelegt. Dass eine andere EU nur mit einer Vertragsänderung geschaffen werden kann, daran gibt es für Helmut Scholz keinen Zweifel.

Der LINKE-Europaabgeordnete sieht in den Schlussfolgerungen der Zukunftskonferenz auch eine enge Verbindung zu seinem zweiten großen Arbeitsgebiet, der Handelspolitik. „Eines der Hauptthemen der CoFE war die Rolle der EU in der Welt“, erklärt Helmut Scholz. „Und diese wird neben der Außen- und Entwicklungspolitik insbesondere durch die Handelspolitik mit Nicht-EU-Staaten geprägt, die übrigens vollständig in die Zuständigkeit ‚Brüssels‘ fällt.“ Dabei hat der Handelspolitische Sprecher der LINKEN im Europaparlament eine klare Prämisse: „Wir müssen als EU auch die Handelspolitik der gemeinsamen Aufgabenstellung unterordnen, die UN-Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahr

2030 zu erreichen.“ Diese 2015 vereinbarten und für alle Staaten gültigen 17 Ziele sollen der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen und reichen von der Beseitigung von Hunger und Armut über saubere Energie und Klimaschutz bis zu Bildung und Gleichberechtigung der Geschlechter – und natürlich Frieden.

Nicht zuletzt deshalb streitet Scholz seit Jahren für eine Handelspolitik auf Augenhöhe, die auf Aushandlungen in multilateralen, regelbasierten Gremien und echte Zusammenarbeit setzt.

Dazu gehört auch sein Einsatz für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Konfliktmineralien: „Für den Zugriff auf Gold, Coltan, Wolfram oder Zinn wird von Banden und Warlords gemordet. Die Rohstoffe werden zu Geld gemacht, mit dem Geld werden neue Waffen gekauft, mit mehr Waffen weitere bewaffnete Konflikte angezettelt“, beschreibt er die unheilvolle Spirale. Nach einem freiwilligen Selbstverzicht von Unternehmen auf den Handel mit Konfliktmineralien folgte 2015 eine verpflichtende Verordnung durch das Europaparlament. Scholz konnte gegenüber der EU-Kommission durchsetzen, die Umsetzung der Verordnung ständig konsequent zu überprüfen. Folgerichtig streitet der LINKE-Abgeordnete in der laufenden Legislaturperiode dafür, auf den Handel mit kritischen Rohstoffen strikt dieselben Regeln anzuwenden wie auf den mit Konfliktmineralien. Das Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung über ihren Boden und ihre Ressourcen ist unter verpflichtender Einhaltung des Völkerrechts zu achten: Ihr Nein zu aggressiver Ausplünderung und Zerstörung ihres Lebensraums durch global agierende Bergbauunternehmen muss ein Nein sein. Gleiches gilt auch für Lithium, das in den Plänen der EU-Kommission für eine kohlenstoffarme Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielt.

Solche Fragen spielten ebenfalls in dem von Helmut Scholz erstellten und im Juni 2022 mit überwältigender Mehrheit vom Europaparlament angenommenen Bericht über die „Zukunft der Handels- und Investitionsbeziehungen der EU zu Afrika“ eine Rolle. „In diesem Bericht geht es primär um die Förderung des Handels innerhalb Afrikas“, erläutert der Handelsexperte. „Der intra-afrikanische Handel benötigt Transportinfrastruktur, benötigt Kühlketten und Lagerhäuser, benötigt Kommunikationsnetze und Datenautobahnen. Und: Treibende Kraft der wirtschaftlichen Transformation Afrikas sind die Frauen und die Jugend, die wir als EU gezielt unterstützen sollten.“ Das sind Schwerpunkte, die in den „klassischen“ Freihandelsabkommen regelmäßig zu kurz kommen.

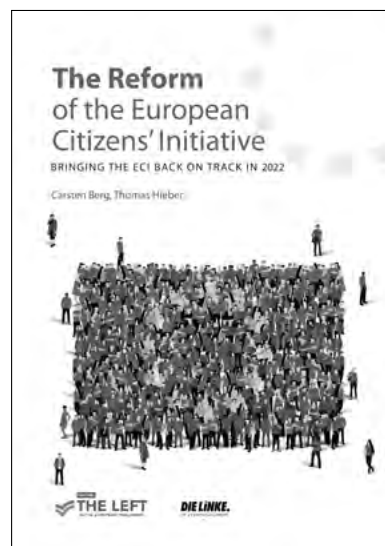
Dabei sind solche Freihandels- und Investitionsabkommen das zentrale Instrument der EU-Außenhandelspolitik. Im Auftrag der Regierungen der Mitgliedstaaten verhandelt die Europäische Kommission derzeit mit vielen Ländern und Regionen über den Abschluss von umfassenden Abkommen zum Abbau von Handelshemmnissen. Eine Reihe von Verträgen ist bereits geschlossen. Der Erfolg dieser Abkommen wird bislang am Wachstum des Bruttosozialproduktes und vor allem der Export-

wirtschaft in Europa gemessen. Auch Bereiche wie das Gesundheitswesen oder der öffentliche Verkehr wecken Begehrlichkeiten europäischer Unternehmen.

Die Folge: Die EU drängt ihre Handelspartner, diese Bereiche zu liberalisieren und dem Zugriff europäischer Weltmarktführer zu öffnen. Dabei braucht es eine starke Daseinsvorsorge, um Armut und Umweltzerstörung zurückzudrängen und eine breite Teilhabe an Bildung und gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen. „Handelspolitik muss nachhaltige Entwicklung fördern, nicht untergraben“, fordert Scholz. „Lassen wir das Liberalisierungsdogma endlich hinter uns. Glaubwürdige Handelsbeziehungen müssen die technologischen Aufholbemühungen unserer Partner unterstützen, ehrgeizige Sozialpolitiken zulassen und im Dienst international vereinbarter Natur- und Klimaschutzziele stehen. Und: Wir müssen unsere Handelsabkommen daran messen, ob sie dazu beitragen, die UN-Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.“ Scholz verweist auf das geplante Abkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Er hat sich selbst vor Ort über die Umweltzerstörungen während der früheren Bolsonaro-Regierung in Brasilien und deren Folgen für die lokale Bevölkerung informiert. Und gehörte zu jenen Europaabgeordneten aus verschiedenen Fraktionen, die sich vehement gegen den Abschluss eines Freihandelsabkommens unter Beteiligung der rechtsextremen Bolsonaro-Führung einsetzten und die Aufnahme von verbindlichen Klauseln für Nachhaltigkeit sowie den Schutz von Menschenrechten und Arbeitsstandards forderten.

Dass in Sachen gerechter Welthandel auch innerhalb der EU noch viel zu tun bleibt, weiß Scholz. Als Mitglied der Arbeitsgruppe für Fairen Handel machte sich der Abgeordnete für den Wettbewerb „Europäische Stadt des fairen und ethischen Handels“ stark, der von der Kommission 2021 aus Spargründen gestrichen wurde. Dennoch bleibt das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich groß, wie der LINKE-Abgeordnete feststellt. Auch transparente Produktions- und Handelsstandards sind ihm wichtig: Er möchte, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, „dass die Ware, die sie im Laden kaufen können, auch zu anständigen Bedingungen hergestellt wurde.“ Scholz bedauert „Der Wegfall des Preises macht kommunales Engagement für gerechtere Handelsbeziehungen weniger sichtbar. Die nächste Kommission sollte die Idee erneut aufgreifen“, blickt Scholz voraus.

Einen größeren Stellenwert wünscht sich Scholz auch für die Verhandlungen über das „Verbindliche Abkommen der UN zu Wirtschaft und Menschenrechten“. Die Kommission braucht ein Mandat, um mit starker Stimme bei den Verhandlungen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auftreten zu können. Denn, so Helmut Scholz: „Transnationale Unternehmen müssen auf die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt verpflichtet werden. Dieser Grundsatz muss weltweit und rechtlich bindend durchgesetzt werden.“



Seit über einem Jahrzehnt gehört sie zum „Werkzeugkasten“ der partizipativen Demokratie in der Europäischen Union: die Europäische Bürgerinitiative. In der Praxis bleibt dieses weltweit einzigartige Instrument jedoch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Woran liegt das? Und vor allem: Wie lassen sich die Hürden bei der Organisation beseitigen und die Bürgerinitiative in ein praktikables Instrument verwandeln? Das analysiert die von Helmut Scholz in Auftrag gegebene Studie.



Heute zahlen die Big-Tech-Konzerne die geringsten Steuern und die Branche ist praktisch die am wenigsten regulierte in der EU. Das schafft zugleich Ungleichgewichte zwischen Big Data und vielen kleinen oder mittelständischen Unternehmen in der EU, insbesondere den neuen Start-up-Unternehmen, analysiert die Studie.

Power to the People

Die Losung steht für Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender von THE LEFT im Europäischen Parlament, nicht nur für eine Kampagne der Linksfraktion

Vier Jahre der Legislaturperiode sind um. Was steht auf der Haben-Seite des LINKE-Europaabgeordneten Martin Schirdewan?

Ich bin Ko-Vorsitzender einer Fraktion, die nicht nur ihren Namen in THE LEFT umbenannt hat, sondern auch ihr Erscheinungsbild und Auftreten komplett verbessert hat. Auf die vergangenen vier Jahre zurückblickend, sage ich voller Stolz: Wir sind in dieser Legislatur zwar die kleinste, aber bei weitem nicht die politisch schwächste Fraktion. In meiner Ausschussarbeit ging es mir vor allem darum, die Interessen der User, der Verbraucherinnen und Verbraucher, gegenüber den großen Internetkonzernen zu schützen und das perfide Geschäftsmodell dieser Global Player zu stoppen. Sie verdienen ihr Geld mit dem Handel unserer sensibelsten privaten Daten. Ich konnte ein Verbot von persönlicher Werbung für Minderjährige durchsetzen und zukünftig dürfen keine sensiblen Daten, wie beispielsweise die sexuelle oder politische Orientierung, für Werbezwecke verwendet werden. Verstoßen die Internetunternehmen gegen die neuen Regeln, dann drohen ihnen künftig heftige Strafen.

Du hast auch Studien zu global agierenden Digitalkonzernen vorgelegt.

Ja, in den Studien über die Steuersparmodelle von Apple als auch zu Amazon konnten wir nachweisen, dass diese Unternehmen fast keine Steuern zahlen müssen. Durch das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern, die Ansiedlung in Steueroasen oder das Verschleiern von Unternehmensgewinnen. Das führt dazu, dass die weltgrößten Unternehmen, die es jemals in der Geschichte der Menschheit gab, so gut wie keine Steuern abführen. Jede kleine Bäckerei oder jeder Tante-Emma-Laden zahlt mehr Steuern als diese Multimilliarden-Dollar-Konzerne. Das ist doch pervers.

Was haben diese Studien bewirkt?

Wir konnten erstmalig den Weg offenlegen, wie diese Konzerne Steuern vermeiden. Dadurch wird dieses Thema mittlerweile europaweit intensiv diskutiert und wir arbeiten im Parlament daran, den Konzernen diese Möglichkeiten der Steuervermeidung zu unterbinden. Wir kämpfen schon lange dafür, dass es eine Besteuerung transnationaler Unternehmen gibt und ich denke, dass es diese auch bald geben wird. Zurzeit gehen allein Deutschland 15 Milliarden Euro pro Jahr verloren, weil die deutsche Bundesregierung einfach immer noch nicht aktiv geworden ist.



Martin Schirdewan (Jahrgang 1975) ist seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und der Delegation für die Beziehungen zu Kanada. Von 2015 bis 2017 leitete er das Europabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel.

Martin Schirdewan steht mit der französischen Politikerin Manon Aubry der Linksfraktion (THE LEFT) im Europäischen Parlament vor. Zudem ist er Ko-Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Die Berliner Ampel ist nicht die einzige Regierung in der EU, die in dieser Frage bremst. Stößt das Europäische Parlament mit seinen Initiativen nicht zu oft auf eine Blockade im Rat, also dem Gremium der Regierungen?

Deutschland hat in den vergangenen Jahren viele wichtige Beschlüsse des Parlamentes im Rat ausgebremst. Ob als Finanzminister oder Bundeskanzler hat sich Olaf Scholz gegen gerechte Konzernbesteuerung oder eine wirkliche Bekämpfung und Austrocknung von Steueroasen eingesetzt. Deswegen ist es auch ein linkes Anliegen, dass das Parlament mehr Rechte gegenüber Kommission und Rat erhält. Schließlich ist es das einzige von den Europäer:innen gewählte Gremium. Aber bis es soweit ist, kämpfen wir im Parlament weiter und versuchen, unsere Inhalte durchzusetzen. Das ist uns zum Beispiel auch mit den beiden großen Kampagnen gelungen, die wir als Fraktion organisiert haben.

Welche waren das?

Das war zum einen unsere Kampagne Power to the People. THE LEFT hat gleich zu Beginn der Energiekrise erkannt, dass es den Regierungen der EU-Mitgliedsländer nur darum ging, Schaden von der Wirtschaft abzuwenden. Das hilft aber keinem Studenten in München, Angestellten in Frankfurt oder einer Rentnerin in Kassel, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Deswegen forderten wir in unserer Kampagne einen Strom- und Gaspreisdeckel sowie eine Übergewinnsteuer für die großen Energieunternehmen. Weil wir das thematisiert haben und es uns gelungen ist, in ganz Europa mehr und mehr Menschen von unseren Vorschlägen zu überzeugen, hat die EU-Kommission letztlich auch die Eingriffe in den Markt ermöglicht und damit den Weg geebnet für die Einführung von Übergewinnsteuern und von Deckeln im Bereich Energie. Länder mit fortschrittlichen Regierungen wie Spanien haben davon auch Gebrauch gemacht. Dort ist in Folge dessen auch die Inflationsbelastung deutlich gesunken. Die Bundesregierung in Berlin hat die Möglichkeit allerdings ausgeschlagen, die Konzerne gerecht zu besteuern und so den Leuten bei der Bewältigung ihrer Alltagskosten zu helfen. Unsere zweite Kampagne entstand während der Pandemie. Da setzten wir uns für die Aufhebung der Impfpatente ein. Dadurch hätten Biotechriesen weniger Gewinne eingefahren, aber dafür mehr Menschen gerettet werden können. Unsere Forderung wurde zweimal im Parlament beschlossen und am Ende zum Teil von der Kommission und den Mitgliedstaaten umgesetzt, vor allem in Richtung globaler Süden. In Europa selbst gab es viele Menschen, die sich der People-Before-Profit-Bewegung und der europäischen Bürgerinitiative, mit der wir eng zusammengearbeitet haben, angeschlossen haben.

Mit der Pandemie sind Werte, die insbesondere von den Linken vertreten werden – wie Solidarität und soziale und globale Gerechtigkeit – auf die Tagesordnung gekommen. Ist das so geblieben?

Die Pandemie hat das tatsächlich forciert. Wie in vielen Dingen ist es aber auch so, dass das Thema von heute morgen schon wieder vergessen sein kann. Aber gerade unsere Erfolge der vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass auch aus Brüssel im Arbeits- und Sozialbereich wichtige Änderungen vorangebracht werden können. Um nur drei zu nennen: Ein großer Triumph war die Einführung des europäischen Mindestlohns. Eine Hauptforderung, mit der die deutsche LINKE in den europäischen Wahlkampf 2019 gezogen ist. Die Mindestlohnrichtlinie ist jetzt Realität und verpflichtet die Mitgliedstaaten, eine Lohnuntergrenze von 60 Prozent des Medianeinkommens einzuführen. Das hat direkte Verbesserungen für über 20 Millionen Europäer:innen zur Folge, da ihre Löhne erheblich steigen werden. Ein zweiter großer Erfolg ist die Plattformdirektive, in der die Arbeitsbedingungen für Essens- oder Paketlieferant:innen verbessert und geregelt werden. Sie können künftig leichter Betriebsräte gründen oder in Elternzeit gehen. Dieses Gesetz wird Stand heute noch im sogenannten Trilog zwischen den Institutionen final ausgehandelt. Einen dritten Erfolg stellen die umfangreichen Arbeitsschutzmaßnahmen für Arbeitende auf Baustellen dar, die mit Asbest umgehen müssen. Es ist doch erschreckend, dass jedes Jahr immer noch mehrere Tausend Menschen, die ohne Schutzmaßnahmen mit Asbest gearbeitet haben, an Krebs erkrankt sind. Das wird sich jetzt dank der Linken ändern.

Das klingt so, als würde die EU nun plötzlich doch eine starke soziale Säule bekommen.

Das ist wahrscheinlich etwas überoptimistisch. Aber es zeigt, dass es sich als Linke lohnt, zu kämpfen und DIE LINKE zu wählen, weil wir es eben auch durchsetzen können, z.B. mit klar kommunizierbaren politischen Inhalten im sozialpolitischen Bereich. Aber es gibt natürlich noch sehr viel zu tun. Gerade auch, weil die Ungleichheit in der EU durch Energiekrise, Inflation und Ukraine-Krieg noch dramatisch größer geworden ist, sowohl zwischen den Mitgliedsstaaten als auch innerhalb der Gesellschaften.

Das ist ein Nährboden für rechte Kräfte und Parteien. Siehst du eine Rechtswende in Europa?

Wenn ich mir die skandinavischen Länder ansehe, die mittlerweile von der extremen Rechten mitregiert beziehungsweise Regierungen von dieser toleriert werden, wenn in Italien eine Postfaschistin an der Macht ist, die autoritären Umbauprozesse in Ungarn und in Polen weiter anhalten und auch in anderen Ländern die extreme Rechte nach der Macht greift –

auch in Deutschland die AfD – muss man das ganz klar so benennen.

Das Kernproblem ist, dass die sozioökonomische Situation, die wachsende Ungleichheit und die praktische Narrenfreiheit für das Kapital von der Rechten in eine spaltende Debatte überführt wird. Das heißt, es wird eine rassistische Debatte daraus gemacht und Europäer:innen werden gegen Fremde ausgespielt und zugleich werden Minderheiten gegen Arme aufgestellt. Angesichts dessen wird es sogar noch schwieriger, die wirklichen sozioökonomischen Fragen in den Vordergrund zu stellen.

Schaut man sich die destruktive Haltung von Christdemokraten und Liberalen, teilweise auch von Abgeordneten anderer demokratischer Fraktionen zu solchen Themen wie Klimaschutz im Europaparlament an, sieht das nach einem konservativen Rollback aus.

Ja, was die Menschen gerade als Klimaschutzpolitik erleben, empfinden sie teilweise als Überforderung und Bedrohung. Einfach deshalb, weil zum Beispiel aus dem Bundeswirtschafts- und Energieministerium Gesetzesentwürfe kommen, die die Leute real sozioökonomisch belasten und einfach auch schlecht durchdacht sind, weil sie Folgen für jeden Einzelnen komplett ausblenden.

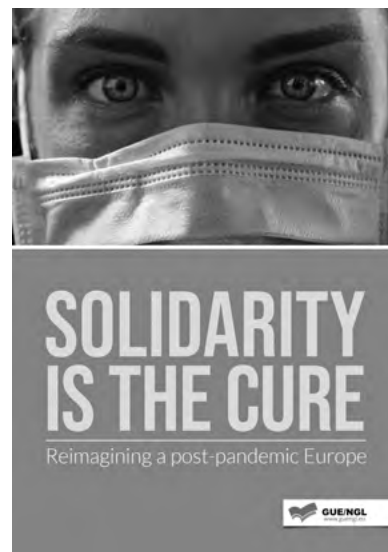
Schauen wir auf die mal geplante Gasumlage in Deutschland, bei der die große Bevölkerungsmehrheit für die Energiekrise zahlen sollte. Wo also alle sozialen Gesichtspunkte von Umverteilung bis zur Gewinnsteuer überhaupt keine Rolle gespielt haben. Auch nicht im Denken des grünen Wirtschaftsministers. Und dieser Minister legt dann auch noch ein sogenanntes Heizungsgesetz vor, bei dem die sozialen Fragen bis heute nicht eindeutig geklärt sind und die Frage von kommunaler Wärmeplanung dann in einem anderen Gesetz erst nachgereicht werden musste. Natürlich geht mit so einem Agieren massiv Vertrauen in Politik und Demokratie verloren, weil die Leute Klimaschutz dann als individuelle Bedrohung erfahren. Und das wiederum spielt den Konservativen und Rechten in die Hände, die den Klimaschutz zu einem zentralen Bestandteil ihres Kulturkampfes machen. Und wo die Konservativen sich der extremen Rechten andienen, um Mehrheiten zu schaffen, um über den Klimaschutz eine Emotionalisierung der politischen Debatte herzustellen. Dann wird aber nicht mehr darüber gesprochen, ob der Wandel sozial vollzogen werden muss, sondern ob überhaupt. Das wirft uns im Vergleich zu anderen Regionen um Jahre zurück.

Heißt das, der sogenannte Green Deal, eines der Hauptprojekte der EU-Kommission, ist tot?

Nein, er ist nicht tot, aber er hat nur eine Chance, wirklich erfolgreich zu sein, wenn die EU erkennt, dass Klimaschutz natürlich sozial abgefedert sein muss. Diejenigen, die die Klimakatastrophe verursachen,



Amazon hat in den letzten zehn Jahren mehr unversteuerte Gewinne erwirtschaftet als das Unternehmen jemals an Steuern gezahlt hat. In der Studie wird untersucht, wie Amazon seine Geschäftsbereiche im In- und Ausland organisiert hat, um seine Steuerzahlungen weltweit auf ein Minimum zu beschränken.



In der Covid-19-Pandemie kamen die Maßnahmen der Europäischen Union zu spät, es fehlte ihnen an Solidarität und sie reichten bei weitem nicht aus, um die Krise zu bewältigen. Das sind unmittelbare Folgen der neoliberalen Politik der EU. Die Publikation beschreibt, wo und wie Umorientierungen nötig und möglich sind – von einem Pakt für Beschäftigung über eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung für alle bis zur strikten Achtung demokratischer Rechte.

müssen dafür auch zur Kasse gebeten werden. Damit meine ich zuallererst Superreiche und die großen Konzerne. Solange diese Profiteure nicht zur Kasse gebeten und die einfachen Leute nicht entlastet werden, ist der Green Deal zum Scheitern verurteilt.

Wie siehst du als Ko-Vorsitzender von THE LEFT die Rolle der Delegation DIE LINKE in der Fraktion?

Ich denke, dass wir da eine sehr gute, sehr konstruktive Rolle bei der Weiterentwicklung unserer Fraktion gespielt haben. Und ich will mich ganz ausdrücklich bei allen Mitgliedern der Delegation bedanken, wie sie sich mit ihren jeweiligen Fachthemen in die Fraktion einbringen. Ob nun Handelspolitik oder Demokratieförderung, ob Regionalpolitik und Kultur, ob Umwelt und Menschenrechte, ob Migration, Steuer- oder Sozialpolitik – die Aufzählung ist ganz sicher unvollständig. Aber sie belegt, dass wir fünf deutsche LINKEN-Abgeordneten, auch wenn wir nicht alle Themen besetzen konnten, die uns wichtig sind, eine konstruktive und durchaus erfolgreiche Arbeit geleistet haben, auf die wir stolz sein können.

Impressum

Info: Europa | LINKS in EUropa

wird herausgegeben von
DIE LINKE. im Europaparlament

V.i.S.d.P. Martina Michels

Redaktion Uwe Sattler (Text),
Peter Steiniger, Marion Wallrodt

Layout Michael Pickardt

